

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 608.

Zusatzpreise: Die 7spaltige Zeitzeile 30 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 70 Pfg. Desgl. bei Flugvorchrift 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 77 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr. Postkontonr. Nr. 53 477.

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 u. Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Moskidenpläne gegen die Arbeiterführer.

Die Reichswehr als Organisation der Gegenrevolution. Umgehung des Friedensvertrags.

Berlin, 27. Okt. (Eigene Drahtmeldung der A. B.) Die Freiheit verleiht ein interessantes, dem Reichswehrminister und anderen Kommandostellen zugegangenes Schriftstück des Reichswehrtruppenkommandos, in dem zunächst ein allgemeiner Ueberblick über die Lage gegeben wird, wie sie sich in den Augen der Militärspiegel. Bemerkenswert ist darin u. a. folgende Stelle: Die Organisation des Unsturzes ist gut. Die Kommunisten und U. S. V. und der linke Flügel der Reichswehrsozialisten (!) sind daran beteiligt. Es wird dann ein Abgleich angestrebt über den Zustand der Reichswehr. Die Führer sind sich ihrer Aufgabe wohl bewußt. Schwer aber fällt auf allen die Sorge um die Truppen. Dort sieht es nicht so aus, wie es sein muß und wie es sein könnte. Seit Monaten sieht sich das Reichswehrkommando dafür ein, daß die Vermindeung des Heeres nicht über eilt wird, daß man den Entwicklungsprozess — denn ein solcher ist es — nicht gewaltsam überstürzt. Trotzdem versucht man von hier aus, die Erweiterungen der Befehle des Kriegeministers zur Betätigung des Heeres in ruhige Bahnen zu lenken. Stehen wir doch der Tatsache gegenüber, daß bei der Reichswehr die untersten Verbände die größten rapid sinken, gleichzeitig sinkt in vielen Teilen der Infanterie der Kampfsinn, nicht nur durch Verletzung, sondern dadurch, daß gerade die besten Leute gehen. Den besten Elementen wird es verhältnismäßig leicht, Arbeit zu finden, der schlechtere Teil bleibt und bei weiterer Entwicklung auf dieser Stufe wird das Heer zum Sammelpunkt von Abenteurern und Gefährten. Es wird in dem Schriftstück weiter mitgeteilt, daß die Bekämpfung des Generalstreiks nach für das ganze Reich ein heiliges Schlüsselstein in Vorbereitung sei. Es werden aber auch eine ganze Reihe weiterer Vorschläge gemacht, um den angedachten drohenden Umsturz von links aufzuhalten. Mit allen Mitteln sei die Erhaltung eines Heeres von 250 000 Mann zu erreichen. Das Beweisen sei auszubauen, der Uniform geheimer Schutz zu gewähren. Rückwärts los und sofort müsse der Kampf gegen Führer der Kommunisten und U. S. und ihrer Helfer (auch Geliebter) aufgenommen werden. Ferner sei ein Streikverbot durchzuführen und ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung zu beginnen.

Ins dritte Tausend der Milliarden-schuld!

Am Samstag hat eine Sitzung des Reichsrats stattgefunden. Beim Etat der Reichsschuld machte der Berichterstatter folgende Mitteilungen: Die Schulden des Reiches haben sich in einem Jahre um 40,9 Milliarden vermehrt. Die gesamte Reichsschuld betrug am 31. Dezember 1918 93,7 Milliarden Mark, sie wurde durch Rückkäufe auf 90,4 Milliarden ermäßigt; an unverzinslichen Schatzanweisungen als an schwebender Schuld sind zurzeit 80 Milliarden im Umlauf, so daß die gesamte Schuld sich auf 172 Milliarden beläuft. Am 1. April 1920 werden die Schulden des Reiches, wenn alle Kredite realisiert werden, die noch offen sind, insgesamt 204 Milliarden Mark betragen, eine ganz ungeheuerliche Summe, da wir vor dem Kriege nur fünf Milliarden Schulden hatten und unser gesamtes Nationalvermögen auf höchstens 200 bis 300 Milliarden Mark geschätzt wurde. Um 300 Millionen erhöht sich im Rechnungsjahre 1919 der für den Ansehensdienst fortbauend nötige Bedarf. Die Abwicklung der Folgen des Krieges wird ein Beispiel kosten wie der Krieg selber, in dem wir noch mit 26 Milliarden jährlich ausgekommen sind. Für außerordentliche Zwecke sind im Etat allein 22 Milliarden vorgesehen, darunter 17 zum Vollzug des Friedensvertrages. Die Hauptlast der außerordentlichen Ausgaben entfällt auf die Ueberführung des Heeres und der Marine in den neuen Rahmen. Der Ausschuss des Reichsrats war einig, daß das Reich eine Fortdauer dieser gegenwärtigen Ausgabenpolitik nicht mehr lange wird aufhalten können, und ein einschneidender Abbau der außerordentlichen Ausgaben unabwendbar ist. Der Finanzminister selbst konnte an den Ausschussberatungen nicht teilnehmen, aber sein Vertreter versprach, daß demnächst der Wunsch erfüllt werden solle, dem Reichsrat mitzuteilen, wie sich der Minister die Zurückführung der Reichsfinanzen in eine gesunde Bahn denkt, und welche Pläne er dabei verfolgt.

Der Reichsrat sieht also ein, daß es so nicht weitergeht. Der Finanzminister auch. Er hat Pläne auf Besserung. Wir sind gespannt darauf, wie er in kapitalistischen Bahnen aus dem Unheil herauskommen will. Die Quadratur des Kreises ist nicht schwieriger.

Eine neue Verwicklung mit Frankreich?

Das Auswärtige Amt an der Neutralisten-Verschöpfung im Elsaß beteiligt. Genf, 27. Oktober. (Z. U.) Die französische Regierung hat von Herrn v. Bernstorff um Klärung über die Neutralisten-Verschöpfung im Elsaß ersucht. Es soll jetzt feststehen, daß der verheiratete Ingenieur Adhler mit dem im Auswärtigen Amt in Berlin angestellten Grunelius in regelmäßiger Telegrammverkehr gestanden hat. Dem Journal zufolge soll schon vor einigen Tagen Marshall Foch an die deutsche Regierung eine Note in dieser Angelegenheit geschickt haben.

Offensive der Bolschewisten bei Petersburg.

Gefährliche Lage bei Petersburg. Die gemeinde wird, greifen die Bolschewisten an der Petersburger Front mit neuen Kräften an. In militärischen Kreisen wird angenommen, daß Judentisch Offiziere vorläufig beenden (!) in. Welche wie gemeint, daß die Bolschewisten bei den Kämpfen um Petersburg Tanks ins Gefecht bringen wollen, die sie selbst erbaute haben.

Judentisch bestellt um Hilfe.

General Judentisch hat durch den von ihm entsandten General Gulewitsch Finnlands Hilfe erbitten. Es verlautet, daß die finnische Regierung ihre abwarrende Haltung vorläufig beibehalten wird. Die Gegenrevolution, die ihre Stelle davonschwimmen sieht, irrt sich nunmehr, nachdem der „Fall Petersburg“ sich mehr und mehr als ein Vorkriegsereignis entpuppt, mit der Schwebelung. — Trotz des „Generalstabs“ sei in Jaroslawe Selo gefangen genommen. — Wer laßt da?

„Jede Hoffnung verloren.“

Berlins, 26. Oktober. Einige Pariser Abendblätter lassen durchblicken, und Chicago Tribune bestätigt es, daß man in Paris die omantischen Kräfte jede Hoffnung verloren habe, daß General Judentisch Petersburg einnehmen könne. Auch Populaire erklärt, der Mißerfolg des Generals Judentisch werde bestätigt. Chicago Tribune glaubt sogar, daß Judentisch viel eher vor bolschewistischen Kräften der Rückzug (!) antreten müsse und daß die Rote Armee möglicherweise sogar einen Teil der baltischen Provinzen besetzen werde.

Günstige militärische Lage Sowjetrußlands.

Aus Moskau verbreitet die Sowjetregierung amtlich folgenden Funkpruch: Fremdländische Funkprüche wegen der Verbreitung unrichtiger Nachrichten über die Lage vor St. Petersburg fort, so zum Beispiel daß die Bahnverbindung zwischen St. Petersburg und Moskau abgebrochen wäre. Diese Nachrichten sind völlig unwahr. Die politische und militärische Lage der Sowjetrepublik ist gut und hat sich in den letzten Tagen durch die großen Erfolge gegen Denikin noch wesentlich verbessert. Gegenwärtig ist im Finnischen Golf Rube. Trotz der schwierigen Situation vor Petersburg ist gar kein Anhaltspunkt vorhanden, vom bevorstehenden Fall der Stadt zu sprechen. Im Gegenteil, die ganze Einwohnerzahl der Stadt und der Umgebung ist herbeigerufen, um die rote Hauptstadt zu verteidigen. Der Kommissar des Großen Hauptquartiers der Sowjetarmeen: Danilow.

Vor einer Einstellung des gesamten Personensverkehrs?

München, 26. Oktober. Amtlich wird folgendes mitgeteilt: Infolge des Beschlusses des Ministerrates wurde an den Reichskanzler sowie an den Reichswirtschaftsminister in Berlin je ein Telegramm geschickt, worin der bayerische Ministerrat seine Auffassung kundtut, daß die in Deutschland herrschende Kohlennot zur Katastrophe führen muß, wenn nicht eine Einstellung des Eisenbahnpersonensverkehrs auf 10 bis 14 Tage erfolgt. Gehilfen wird ersucht, zur Erhaltung und Reichshaltung dieser Maßnahme die Verkehrsminister der einzelnen Länder sofort nach Berlin zu rufen.

Genosse Koale wird amputiert?

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der A. B.) Das Bestehen des Genossen Koale ist noch immer sehr ernst. Der ganze Organismus ist durch andauernd hohes Fieber sehr geschwächt. Die Ärzte erwägen als letztes Mittel die Amputation des verletzten Beines. Wenn sie dazu schreiten müssen, so wird die Amputation wahrscheinlich schon heute vorgenommen werden.

Gefellenmord und Mordgefellem.

R. F. Es hat zweierlei Münchner Schreckenstage gegeben. Die Bourgeoisie und jene bornierten Schichten des Kleinbürgertums und des Proletariats, die ihr nachlaufen, empfanden die Mätherrschafft als Schreckenstage. Alles, was ihre eigene Selbstherrlichkeit anzutasten droht, ist ja in den Augen der Bourgeoisie der Gipfel der Verworfenheit, mag es auch noch so harmlos dabei hergehen. Und es ging harmlos her in München, wenn man vergleicht mit den andern Schreckenstagen. Nur einmal hörte der Spatz auf; das war, als in spontaner Erbitterung über die durch Reichswehrruppen vollzogenen massenhaften Ermordungen von gefangenen Rotgardisten jene paar Gefellen erschossen wurden. Die Antwort darauf waren die zweiten Schreckenstage, in denen die Reichswehrruppen Hunderte von Münchner Einwohnern und Einwohnertinnen ermordeten. Aber diese Mühne des Geißelmordes genügt nicht. Einen nach dem andern suchte man die an der Erschießung der Gefellen irgendwie Beteiligten zu erwischen und massakrieren auch sie noch, immer unter dem lustigen Kommando der Regierungssozialisten. Wenn jetzt der Staatsanwalt in dem Prozeß gegen die Mörder der 21 katholischen Gefellen darauf hingewiesen hat, daß die Gefellen nicht nur bei der ständerechtlichen Ermordung jener Hunderte von Münchnern, sondern überhaupt auch noch bei den nachfolgenden Prozessen mit anschließender Hinrichtung mindestens ehrenvoller teilnehmende Berechnung erlebt. Ganz zu schweigen davon, daß zwar die Ermordung jener Gefellen von den eigentlichen Tätern immerhin im Affekt vorgenommen worden sein mag — diesen verurteilten Individuen traut wohl auch niemand so etwas wie menschliche Ueberlegung zu —, daß aber bei den Vorgesetzten, die so etwas duldeten, von Affekt keine Rede sein kann. Nun, die Vorgesetzten hat ja der Staatsanwalt auch nicht angeklagt, sondern vielmehr die Gelegenheit dieses Prozesses benützt, um sie vor vornehmlichem freizuspüren. So etwas geht ja in Deutschland allemal. Es hat lange gedauert, ehe man ein paar der Gefellenmörder zur Aburteilung brachte, und wohlweislich wartete man damit, bis die „Geißelmörder“ erledigt waren, damit die gute Stimmung nicht beeinträchtigt würde. Natürlich erhob man auch nur Anklage wegen Totschlags, nicht wegen Mordes. Mörder sind immer nur die Revolutionäre, während die Beteiligten des Geißelbades höchstens mal einen Totschlag begehen, natürlich in „begreiflicher Erregung“. Auch hat ja dieser Staatsanwalt am unangenehmsten nicht den Totschlag, nämlich die Viechische Hinrichtung der Gefellen empfunden, sondern, nach seinen eigenen Worten, den Umstand, daß Soldaten diese armen Opfer geraubt haben. Das hat ihn „am meisten empört“. Ein fast rührender Zug des Respekts noch vor dem bürgerlichen Privateigentum selbst der armen Gefellen! Das goldene Kalb und selbst das Papiergeldbälchen ist eben heiliger als das Leben. Ueber die Verhandlung ließe sich im einzelnen vieles sagen, aber nichts neues. Die Offiziere sind Lämmer, ihre Leute handlich im guten Glauben. Auch hätte über die ganze Affäre kein Haß geküßt, wenn sich's um Spartaisten gehandelt hätte. Spartalisten sind in Deutschland vogelfrei; so wie während des Krieges im besetzten Gebiete die Sozialisten vogelfrei waren. Ob ein Spartaist die Stille gerissen oder gefoltert wird, das ist nun vollends Neben-sache. Aber da sich's um harmlose katholische Vereinsgefellem handelte, schlugen deren Angehörige so lange Alarm, bis man schonend halber ein paar Reichswehrrückwärtigen in die Schlingen warf. Das Gericht ging selbstverständlich noch unter den Antrag des Staatsanwalts herunter. Dieser Antrag lautete gegen einen der vier Tüchlein auf Dreispund, gegen den zweiten auf ein Jahr Gefängnis, gegen die beiden andern auf je 15 Jahre Zuchthaus. Das Gericht begnügte sich mit 14 Jahren; nur nur ja nicht den Anschein zu erwecken, als ob es sich um Verbrechen handelte, bei denen die Höchststrafe angebracht wäre. Uns liegt ja nichts an der Bestrafung dieser wilden Tiere. Umso weniger, als die lächerliche Bühne des Viechischen Verbrechens der Neuzeit nun dazu dienen wird, pharisäisch das Lied von der deutschen Gerechtigkeit anzustimmen. Andererseits geht das Urteil in den Augen der Bourgeoisie viel zu weit. Die Leipziger neuesten Nachrichten erklären für die eigentlichen Schuldigen direkt die Opfer selber. Das ist ja klar: wer sich ermorden läßt, ist selber schuld. Wenn Koale tobt, muß man ihm eben nicht in den Weg kommen. Auch dieses Münchner Urteil ist ein Dokument der vollkommenen Gegenrevolution. Die größte Scheußlichkeit, wenn sie in Interesse der Bourgeoisie begangen wird, findet milde Richter. Da